



Presseschau vom 27.03.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Nord Stream 2: Polens Botschafter will "notfalls" gegen Russland kämpfen – Moskau zeigt sich empört**

In einem Interview erklärte Polens Botschafter in Deutschland, man müsse das Projekt Nord Stream 2 stoppen, da Russland sonst mehr Geld für das Militär bekomme. Man müsse "die Russen schwächen" und sie notfalls bekämpfen. Die russische Botschaft zeigte sich angesichts der "aggressiven Rhetorik und feindseligen Tonalität" empört. ...

<https://kurz.rt.com/2gry>

Scott Ritter: **Rohrkrepierer: Bidens und Blinkens unprovizierte Angriffe gegen Russland und China gehen daneben**

Wer im Glashauss sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Indem die Biden-Administration Moral und Charakter des russischen Präsidenten und Chinas Menschenrechtsbilanz angriff, öffnete sie die Tür für eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen schwierigen Geschichte der USA. ...

<https://kurz.rt.com/2gm4>

de.rt.com: **Experiment gelungen: Deutsche Forscher kreieren und löschen Ereignisse in Erinnerungen von Menschen**

Kann man sich an etwas erinnern, was gar nicht stattgefunden hat? Ein deutsches Forscherteam hat ein Experiment durchgeführt, das bestätigt hat, dass unwahre Erinnerungen

geschaffen und dann gelöscht werden können – mit potenziellen Folgen im juristischen Kontext. ...

<https://kurz.rt.com/2gpv>

de.rt.com: **Russischer Botschafter: London will Moskau vom europäischen Sicherheitssystem ausschließen**

Andrei Kelin, Russlands Botschafter in London, erklärt in einem Interview mit RT, die britische Führung sei Moskau gegenüber zunehmend feindlich eingestellt. Der Diplomat nennt dies einen gefährlichen Trend, der sich auf die europäische Sicherheit auswirken könnte. ...

<https://kurz.rt.com/2gra>

de.rt.com: **EU-Kommission: Noch keine Gespräche zur Aufnahme von Sputnik V in europäisches Vakzin-Portfolio**

Obwohl die Stimmen aus Deutschland lauter werden, Brüssel solle mit der Zulassung von Sputnik V keine Zeit verschwenden, ließen sich die Bürokraten in Belgien nicht aus der Ruhe bringen. Hinter den Kulissen scheint jetzt Bewegung in die Sache zu kommen. ...

<https://kurz.rt.com/2gsb>

abends/nachts:

armiyadnr.su: Operative Information des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR

Wir wie erwartet haben, hat die ukrainische Seite im Vorfeld der Sitzung der Kontaktgruppe nicht nur die Feuerprovokationen verstärkt, sondern auch Informationsaktionen, die auf die Ablenkung der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von der Unfähigkeit Kiews, seine Verpflichtungen zu erfüllen, gerichtet sind.

So hat heute der Stab der OOS von vier toten und zwei verletzten ukrainischen Kämpfern berichtet, die angeblich durch Mörserbeschuss von unserer Seite auf die Positionen in Schumy verursacht wurden.

Wir erklären offiziell, dass unsere Einheiten in diesem Gebiet keinerlei Feueraufgaben ausgeführt haben. Wir lenken die Aufmerksamkeit darauf, dass die Soldaten der Volksmiliz nach Einschätzung der Lage nicht auf die Provokation eingegangen sind und das Feuer nicht zur Unterdrückung der Feuerpunkte der Kämpfer der 10. Brigade, von denen diese das Gebiet der Siedlung des Bergwerks 6/7 in Gorlowka mit automatischen Granatwerfern und Schusswaffen beschossen hatten, eröffneten.

Gleichzeitig haben unsere Beobachter gegen 17 Uhr auf den Positionen der 10. Brigade im Gebiet von Schumy zwei Detonationen in kurzem Abstand festgestellt, die charakteristisch für losgehende Sprengeinrichtungen sind. Im Funkverkehr der ukrainischen Kämpfer waren Anfragen an die Leitung des Kommandos zur Evakuierung von Verletzten, die bei der Bewegung zwischen den ukrainischen Positionen auf Minen geraten waren, festzustellen sowie Mitteilungen darüber, dass Personal, das den Verletzten zur Hilfe kam, auf Minen geriet und es Verluste gebe.

Unter Berücksichtigung der vorliegenden Sachverhalte können wir mit Überzeugung feststellen, dass dies offensichtlich eine unsachkundig vom ukrainischen Militärkommando durchgeführte Informationsaktion war. Der Stab der OOS beschloss, die Gelegenheit nicht vergehen zu lassen, um sich rechtzeitig vor dem Beginn der nächsten Runde des Verhandlungsprozesses eine günstige Position zu sichern. Der Stab der OOS hat die Verluste in den Reihen der 10. Brigade aufgrund von Geraten auf Minensperren infolge der Nachlässigkeit des Kommandos bewusst gegenüber der Öffentlichkeit als Ergebnis von „Beschuss von Seiten der Volksmiliz der DVR“ ausgegeben.

Außerdem wurde heute eine Feuerprovokation von Seiten des Gegners in Richtung Donezk bemerkt, wo Kämpfer des 3. Bataillons der 72. Brigade, die vom Kriegsverbrecher Bogomolow angeführt werden, von den Positionen in der Nähe von Awdejewka das Gebiet von Mineralnoje mit automatischen Granatwerfern beschossen haben.

Diese Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen und um die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

snanews.de: **Biden lädt Putin und Xi Jinping zu Klimaverhandlungen ein**

US-Präsident Joe Biden hat seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin und den chinesischen Staatschef Xi Jinping eingeladen, an den Klimaverhandlungen teilzunehmen, berichtet Associated Press am Freitag unter Berufung auf Regierungsvertreter.

Details zu den geplanten Gesprächen wurden dabei nicht bekannt gegeben. Das Weiße Haus hat diesen Bericht noch nicht kommentiert.

Biden will erste große Klimaverhandlungen seiner Regierung veranstalten. Sie sollen dazu beitragen, die globalen Bemühungen zur Reduzierung der Verschmutzung durch fossile Brennstoffe, die das Klima zerstören, zu gestalten, zu beschleunigen und zu vertiefen. Die Gespräche sollen digital am 22. und 23. April stattfinden.

Die Vereinigten Staaten haben weltweit den zweithöchsten Treibhausgas-Ausstoß nach China, bei deutlich weniger Einwohnern. Biden will Amerika eigenen Aussagen zufolge zu einer führenden Nation beim Kampf gegen die Erderwärmung machen.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/19/1451886_0:0:3167:1782_1440x0_80_0_0_a02c4187a_d4d161826fda24788898877.jpg

Dan-news.info: **Kommentar der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa zur Situation in Schumy**

Die heutige Erklärung der ukrainischen Seite, die aktiv in allen Medien verbreitet wird, ist nichts anderes als eine weitere Informationsprovokation.

Indem sie mit Fakten manipulieren und sie verzerren, die Öffentlichkeit desinformieren, versuchen die Vertreter Kiews wieder die ohnehin angespannte Lage zur verschärfen.

In der von den Kiewer Sprechern angegebenen Zeit, in der angeblich infolge von Feuer von Seiten der Volksmiliz der DVR Soldaten der BFU starben, wurden im Gebiet von Schumy keinerlei Beschießungen festgestellt, es wurde ein gegenseitiges Regime der Ruhe eingehalten. Einige Stunden später stellten Beobachter der DVR im GZKK Feuer von Seiten der BFU in dieser Richtung fest, danach gab es zwei Detonationen, die charakteristisch für losgehende Sprengvorrichtungen sind. Und erst danach erschienen in der Öffentlichkeit die

ersten Erklärungen der BFU.

Das heutige militärische Abenteuer ist nicht der erste Versuch der ukrainischen Führung, ein Geraten ihrer Soldaten auf Minen als Beschuss auszugeben und, um eine größere Überzeugungskraft zu erzielen, die nächsten demonstrativen Auftritte zu organisieren, sinnlose außerordentliche Treffen bei den Verhandlungen zu initiieren.

Wir erinnern daran, dass zuvor auf der Seite des Verteidigungsministeriums der Ukraine eine veränderte Version der Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feueinstellung veröffentlicht worden war. In erster Linie wurde der Punkt verzerrt, der die Möglichkeit betrifft, erwidertes Feuer zu eröffnen, außerdem entschied das ukrainische Verteidigungsministerium, den Punkt wegzulassen, dass diese Maßnahmen nicht durch irgendwelche Befehle, auch nicht durch geheime, aufgehoben werden können. Jetzt fehlt dieses Schriftstück überhaupt auf der Seite.

Falls die ukrainische Seite tatsächlich die Vereinbarung unterstützt, auf die sie sich bezieht, fordern wir, entsprechend den Vereinbarungen vom 22. Juli 2020 eine vollständige und richtige Version des Schriftstücks zu veröffentlichen, das alle Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feueinstellung enthält, und zu dessen unverzüglicher Umsetzung zu schreiten. Danach wird es möglich sein, am Verhandlungstisch die Arbeit des Koordinationsmechanismus und des operativen Reagierens auf Verstöße gemäß diesem zu erörtern. Wir schlagen aufrichtig vor, dass diese Arbeit zur Reaktion und zur Ergreifung von disziplinarischen Sanktionen mit dem Vorfall beginnen muss, als ein Scharfschütze, dem seine Handlungen bewusst waren und der sein Ziel beobachtete, einen alten friedlichen Einwohner mit einem Schuss in den Kopf ermordete.

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 26. März 2021 wurde eine Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

14:40 Uhr Solotoje-4 – **Solotoje-5**: automatische Granatwerfer (1 Schuss), großkalibriges Maschinengewehr, Schusswaffen;

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

snanews.de: Nach zweitem Songangebot: Weißrussland von Teilnahme an ESC-2021 ausgeschlossen

Die Europäische Rundfunkunion (EBU) hat am Freitagabend in einem Statement bekanntgegeben, dass Weißrussland nicht am 65. Eurovision Song Contest (ESC) im Mai teilnehmen wird.

Nachdem die EBU das erste von Weißrussland vorgelegte Lied der Band Galasy ZMesta wegen politisierter Inhalte abgelehnt hatte, wandte sie sich an die weißrussische Sendeanstalt BTRC mit dem Vorschlag, einen alternativen Song für den Wettbewerb anzubieten.

Die BTRC habe ein Lied derselben Künstler eingereicht, das von den Experten der EBU und der ESC „sorgfältig überprüft“ worden sei.

„Man ist zu dem Schluss gekommen, dass der neue Song ebenfalls gegen die Wettbewerbsregeln verstößt, die sicherstellen, dass der Wettbewerb nicht instrumentalisiert oder in Verruf gebracht wird“, hieß es in der Erklärung der EBU.

Weißrussland werde nicht am 65. ESC teilnehmen, weil die Sendeanstalt innerhalb der erweiterten Frist kein taugliches Lied vorgelegt habe, so die Organisation weiter.

Mitte März sorgte der erste Beitrag Weißrusslands für den Wettbewerb für Aufsehen – das Lied „Ya nauchu tebya“ (dt. Ich werde dich lehren) von Galasy ZMesta machte sich über die Protestbewegung gegen den weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko lustig und

wies solche Zeilen wie „Ich werde dich lehren, nach den Regeln zu spielen“ auf.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/02/06/813249_0:448:2049:1600_1440x0_80_0_0_150b43ec01105669381f00d4a22cff66.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 26. März 3:00 Uhr bis 27. März 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU 3.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Gorlowka: Schützenpanzer/Schützenpanzerwagen – einmal; automatische Granatwerfer – einmal (5 Granaten); Schusswaffen – einmal.

Richtung Donezk: Schützenpanzer/Schützenpanzerwagen – einmal; Schusswaffen – zweimal.

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

Gorlowka (Siedlung des Bergwerks 6/7), Wasiljewka, Mineralnoje.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 5.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: Erlebnisurlaub mal anders: Reiseveranstalter bietet Impfreisen nach Russland für unter 2.000 Euro an

Einem Bericht des Magazins "Travel Inside" zufolge bietet ein norwegischer Reiseveranstalter Reisen nach Moskau an – inklusive Corona-Impfung. Die Kosten für Reise und Impfung liegen dem Bericht zufolge unter 2.000 Euro. Reisebüros winken zehn Prozent Vermittlungsprovision.

Es gibt Cluburlaub, Erlebnisurlaub und jetzt auch Impfururlaub: Laut dem Fachmagazin Travel Inside bietet der norwegische Reiseveranstalter World Visitor unter dem Namen "Meine Impfreise" Trips nach Moskau inklusive COVID-19-Impfungen für weniger als 2.000 Euro an. Vermittelnde Reisebüros erhalten zehn Prozent Vermittlungsprovision.

Travel Inside berichtet unter Berufung auf die Presseagentur des Reiseanbieters, dass entgegen den Angaben auf der Website von "Meine Impfreise" nicht nur Russen, sondern auch Staatsangehörige anderer Länder die Impfreisen buchen könnten. Demnach sollen russische Privatkliniken die Erlaubnis erhalten haben, auch Nicht-Russen zu impfen.

Laut der Webseite geht es zunächst für 1.499 Euro zweimal zum Impfen in die Transitzone eines Moskauer Flughafens, das erste Mal mit einem Ausflug nach Istanbul nach der Impfung. Ab 1.999 Euro fliegt man zweimal für vier Tage nach Moskau und lässt sich dort den lokalen Impfstoff Sputnik V verabreichen, wie Travel Inside weiter schreibt. Allerdings sollen für den Dolmetscher, den Arzt und den Impfstoff laut der Website noch ein paar hundert Euro Nebenkosten anfallen.

Der russische Impfstoff ist in der EU noch nicht zugelassen. Er hat seine Wirksamkeit jedoch mittlerweile unter Beweis gestellt. Eine Studie der Fachzeitschrift The Lancet attestierte Sputnik V eine Wirksamkeit von über 90 Prozent. In Ungarn kommt der Impfstoff bereits zum Einsatz.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/605c9ede48fbef20df026e5a.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 27. März um 9:00 Uhr 3637 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 2988 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 315 Todesfälle.

de.rt.com: **Vom "Killer" zum willkommenen Gast: Joe Biden lädt Wladimir Putin zu Online-Klimagipfel ein**

Als wäre nichts passiert, hat US-Präsident Joe Biden am Freitag auch den russischen Staatschef Wladimir Putin zu einem Klimagipfel am 22. und 23. April eingeladen. Vergangene Woche stimmte er noch der Aussage zu, dass Putin ein "Killer" sei.

Der für sein Engagement für mehr Klimaschutz bekannte Biden sprach für die Online-Veranstaltung Einladungen an insgesamt 40 internationale Politiker aus, berichtete die Associated Press. Auf der Liste stand auch der Name des russischen Präsidenten Wladimir Putin, dem gegenüber Biden mit seiner "Killer"-Äußerung vor nur einer Woche nicht gerade seine Verhandlungsbereitschaft gezeigt hatte. Auch das chinesische Staatsoberhaupt Xi Jinping, dessen Volksrepublik mit den USA in Fragen der Menschenrechte und der Hegemonialambitionen beider Länder andauernd im Clinch liegt, wurde zur Teilnahme an dem Klimagipfel eingeladen. Zu den weiteren eingeladenen Politikern gehörten Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU).

Mit dem Gipfel soll nach Angaben des Weißen Hauses die Dringlichkeit stärkerer Maßnahmen für den Klimaschutz und deren wirtschaftlicher Nutzen unterstrichen werden. Zuvor würden die USA "ein ehrgeiziges Emissionsziel" für das Jahr 2030 als neuen Beitrag für das Pariser Klimaabkommen bekannt geben. Biden forderte andere Staats- und

Regierungschefs auf, das Online-Treffen zu nutzen, ebenfalls verstärkte Beiträge darzulegen. Die nächste UN-Klimakonferenz ist im November im schottischen Glasgow. Biden hatte bereits kurz nach seiner Amtsübernahme im Januar angekündigt, dass er am 22. April – dem sogenannten Tag der Erde – einen Klimagipfel einberufen werde. Unter seinem Vorgänger Donald Trump, der wiederholt Zweifel am Klimawandel äußerte, hatten sich die USA aus dem Pariser Klimaabkommen zurückgezogen. Noch am Tag seiner Vereidigung verfügte Biden die Rückkehr. Er bekräftigte wiederholt, dass die USA bei der Umsetzung des Abkommens eine Führungsrolle einnehmen würden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/605e5230b480cc47e14ca12c.JPG>

Mzdnr.ru: Am 26. März wurden in der DVR 432 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 152 positiv, bei 47 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt. Am 27. März um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 28.603 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert. 5410 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 20.972 als gesund entlassen, es gibt 2221 Todesfälle. In den letzten 24 Stunden wurden 93 Fälle von Lungenentzündung diagnostiziert, 10 Fälle mehr als in den vorangegangenen 24 Stunden. Davon wurden 70 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 902 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 478 mit Sauerstoffunterstützung (+19 in den letzten 24 Stunden). Außerdem wurden bei 73 Express-Tests 28 Patienten entdeckt, die zuvor eine Coronavirusinfektion durchgemacht hatten. Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 451 Patienten entdeckt, die zuvor eine Covid-19 Erkrankungen durchgemacht hatten.

snanews.de: „Tag des Schams“: Mindestens 50 Menschen bei jüngster Demo in Myanmar getötet

Die Sicherheitskräfte Myanmars haben am Samstag mindestens 50 Menschen bei Protesten gegen die neue militärische Führung erschossen, meldet Reuters unter Berufung auf Medienberichte und Augenzeugen.

Trotz einer Warnung im Staatsfernsehen, dass Protestlern „in den Kopf und in den Rücken geschossen“ werden könnte, gingen viele Menschen am Samstag auf die Straßen, um gegen den Militärputsch vom 1. Februar zu demonstrieren.

Die Demonstration fand am Tag der Streitkräfte statt, was prägnante Kommentare von Gegnern des neuen Regimes hervorrief:

„Heute ist ein Tag des Schams für die Streitkräfte (...). Die Generäle feiern den Tag der Streitkräfte, gleich nachdem sie über 300 unschuldige Zivilisten getötet haben“, sagte mit Bezug auf die Gesamtzahl der Getöteten ein Vertreter der CRPH, einer Gruppe von

ehemaligen Gesetzgebern, die sich gegen die neue Junta einsetzen.

Die Aktivistenorganisation AAPP hat bis Freitagabend insgesamt 328 bei den Protesten getötete Demonstranten gezählt. Nach ihren Angaben starb etwa ein Viertel der Opfer an einem Kopfschuss, was die Frage aufwirft, ob gegen diese Menschen gezielt vorgegangen wurde.

Seit dem Militärputsch am 1. Februar ist Myanmar, das frühere Burma, in Aufruhr, die Sicherheitskräfte gehen zunehmend härter gegen die anhaltenden Massenproteste vor. Die Demonstranten fordern die Freilassung und Wiedereinsetzung der De-Facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi, die Anfang Februar vom Militär gestürzt und festgenommen worden war. Die Proteste richten sich auch gegen die Verfassung von 2008, in der der Armee eine prägende Rolle in der Politik zugebilligt wird. Die Militärjunta verhängte einen einjährigen Ausnahmezustand.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/1b/1468183_0:0:2930:1648_1440x0_80_0_0_87ebf862a127e26d884d57e096125857.jpg

Lug-info.com: **Erklärung des Oberhauptes der LVR Leonid Pasetschnik**

Die Republiken des Donbass haben eigenständig im Jahr 2014 ihre Wahl getroffen – das ist der Kurs auf eine Integration mit Russland. Faktisch sind wir bereits mit ihm. Die Russische Föderation leistet uns ständig die Hilfe, ohne die der Donbass nicht überleben würde – das ist politische, humanitäre und wirtschaftliche Unterstützung. Die humanitären Konvois, die „weißen Lastwagen“ sind schon zu einem Symbol der brüderlichen Hilfe Russlands für den Donbass geworden.

Vor diesem Hintergrund klingen die Beschuldigungen an die Menschen, die uns in einer schweren Minute zur Hilfe gekommen sind, obwohl sie nicht hier, im Donbass, lebten, seltsam und sogar dumm.

Weder wir noch Russland haben je irgendwem die Russische Welt aufgedrängt. Wir haben sie nur verteidigt, unsere Wahl verteidigt! Wir sind wieder, wie das mehrfach in der Geschichte geschehen ist, zum Schild geworden, dass sie gegen Angriffe äußerer Kräfte, die über uns die Kontrolle erlangen wollen, schützt. Zum ukrainischen Neofaschismus, der aktiv von den USA und anderen Ländern des Westens großgezogen und unterstützt wird, bekennt sich tatsächlich eine kleine Minderheit der Ukrainer. Aber es ist ihm gelungen, die vernünftigen Kräfte in der Ukraine einzuschüchtern. Deshalb ist der Donbass nun im Grunde das Sprachrohr der wahren Wünsche und Bestrebungen der Mehrheit der Einwohner der Ukraine, die immer ein Teil der Russischen Welt waren.

Äußerst dumm klingen auch die Erklärungen der westlichen Handlanger, die sich in der Regierung in Kiew verschanzt haben, dass der Donbass nicht existiere. Nur dank dem Donbass ist die Ukraine noch nicht endgültig von der Weltkarte verschwunden.

Ja, die Wirtschaft des Donbass befindet sich jetzt, gelinde gesagt, nicht im besten Zustand.

Und dafür gibt es eine Reihe objektiver Ursachen. Ersten wurde die Ökonomie der Region konsequent von den vorhergehenden Führungen der Ukraine zerstört, die dreist und zynisch ihr Volk ausraubten, ohne an die Folgen zu denken. Zweitens setzt die derzeitige ukrainische Regierung die Politik der Strangulierung der Region fort, indem sie die Wirtschafts- und Transportblockade des Donbass aufrecht erhält, die Kiew mit Billigung Europas und der USA in Verletzung aller Normen des humanitären Rechts, von sie selbst so oft reden, verhängt hat. Aber man muss sich daran erinnern, dass wir nur gemeinsam eine Kraft sind. Unsere Kraft ist die Einheit. Wenn wir unsere Anstrengungen zur Verteidigung der Russischen Welt vereinen, bekommen wir enorme Chancen auf einen politischen, ideologischen und, wenn notwendig, militärischen Sieg.

Ich unterstreiche, dass die Volksrepubliken für eine friedliche Lösung des Konflikts im Donbass eintreten. Wir arbeiten zuverlässig im Rahmen der Minsker Verhandlungen und halten diesen Ort für einen alternativlosen Mechanismus, der trotz allem in der Lage ist, den Frieden in unserer Gebiet zurück zu bringen, trotz aller Anstrengungen der prowestlichen „Vertreter“ in der Kiewer Delegation.

Ich bin überzeugt, dass man nicht in Verzweiflung geraten muss. Wir bewegen uns in die richtige Richtung. Und in sieben Jahren das in Ordnung zu bringen, was über Jahrzehnte zielstrebig vernichtet wurde, ist natürlich unmöglich. Ich habe keine Zweifel, dass der Donbass ein Teil des Großen Russland werden wird, wenn der Zeitpunkt dafür kommt und uns natürlich eine große Zukunft erwartet. Aber dafür muss gekämpft werden. Und wir werden weiter unsere Interessen verteidigen!

nachmittags:

de.rt.com: **"Recht auf Selbstverteidigung": Nordkorea hält Joe Bidens Kritik an Raketentest für Provokation**

Nordkorea hält die Kritik des US-Präsidenten Joe Biden an seinem jüngsten Raketentest für eine Provokation. Pjöngjang wirft Washington außerdem eine tief sitzende Feindseligkeit vor. In einer Erklärung vom Samstag besteht das Land auf seinem Recht auf Selbstverteidigung. Nach der Kritik von Joe Biden an seinem jüngsten Raketentest hat Nordkorea dem US-Präsidenten Provokation vorgeworfen. Wie der Sekretär des Zentralkomitees der Arbeiterpartei Ri Pyong-chol am Samstag in einer Erklärung mitteilte, habe sein Land das Recht auf Selbstverteidigung ausgeübt. Der Beamte warf außerdem Washington vor, eine feindselige Politik gegenüber Pjöngjang zu verfolgen und das Land militärisch zu bedrohen: "Ich denke, dass die neue US-Regierung offensichtlich den ersten Schritt falsch gemacht hat." Im entsprechenden Statement wurde auch betont, dass die Regierung in Pjöngjang einfach nicht umhinkönne, für eine sichere Verteidigung des Landes zu sorgen, da Seoul und Washington mit ihren regelmäßigen Militärübungen und neuen Waffen eine militärische Gefahr für die Halbinsel darstellten.

Nach Angaben Südkoreas und Japans hatte Nordkorea innerhalb weniger Tage zwei Raketentests durchgeführt. Am Sonntag wurden demnach zwei Marschflugkörper abgefeuert, am Donnerstag wurden dann zwei ballistische Kurzstreckenraketen gestartet. Die Regierung in Pjöngjang sprach später von einem gelungenen Test eines neuen Typs taktischer Lenkraketen. Biden verurteilte den Test als Verstoß gegen UN-Resolutionen, die Nordkorea die Erprobung ballistischer Raketen jeglicher Reichweite verbieten. Solche Raketen können je nach Bauart auch einen Atomsprenkopf tragen. Die Verhandlungen der USA mit Nordkorea über dessen Atomwaffenprogramm liegen derzeit auf Eis.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/605ef4fe48fbef7ae62e72a7.jpg>

lug-info.com: **Der Abgeordnete des Volkssowjets der LVR Jurij Jurow und Aktivisten des Projektes „Wir erinnern uns!“ der gesellschaftlichen Bewegung „Mir Luganschtschine“ gratulierten dem Einwohner des Dorfes Nikolajewka Nikolaj Ruban, der im Januar 2015 einen Checkpoint der ukrainischen Streitkräfte mit Hilfe einer Sprengeinrichtung, die in einem Honigglas versteckt war, sprengte.**

Der Namen des Rentners ist weit über sein Heimatdorf hinaus bekannt – viele hörten davon, wie sich am 16. Januar 2015 eine Detonation ereignete. Ein Honigglas explodierte, das der Rentner Nikolaj Ruban den ukrainischen Soldaten brachte.

Der Rentner wurde in der Ukraine zu 15 Jahren Freiheitsentzug verurteilt und kam fünf Jahre nach seiner Festnahme im Februar 2015 durch ukrainische Soldaten im Rahmen eines Austauschs nach Hause zurück.

„Ich kam nach Hause zurück und ich schäme mich nicht, den Menschen in die Augen zu schauen, weil ich alles tat, was ich konnte, um unser Land gegen die Faschisten zu verteidigen“, sagte Ruban. „Mein Vater kämpfte, ich habe bis heute seine Jacke mit den Auszeichnungen. Ich konnte sein Andenken nicht verraten, ich konnte nicht anders handeln“.

...



[http://img.lug-info.com/cache/a/1/\(2\)_3-2.jpg/w620h420.jpg](http://img.lug-info.com/cache/a/1/(2)_3-2.jpg/w620h420.jpg)

sputnik.by: **Die Protestaktivität in Belarus ist nahe Null – Innenministerium**

In allen Regionen des Landes wurde kein einziges nicht genehmigtes Massenereignis registriert, teilte die Strafverfolgungsbehörde am Samstag mit.

In Belarus ist die Protestaktivität nahezu Null, teilte der Telegram-Kanal der Strafverfolgungsbehörde am Samstag mit.

Das Innenministerium bestritt auch Informationen über "Massenverhaftungen in Bangalor" und fügte hinzu, dass "kleine Gruppen mit nicht registrierten Symbolen in der Hauptstadt gesehen wurden". ...

Das Innenministerium informierte auch über die Inhaftierung von Personen mit stechenden und schneidenden Gegenständen und Pistolen in einigen Bezirken von Minsk. Die Abteilung versprach, die Einzelheiten später mitzuteilen.

Strafverfahren wegen Protestaufrufs

Am Samstag wurde bekannt, dass ein Strafverfahren wegen der Veröffentlichung von Aufrufen in Telegram-Kanälen zur Teilnahme an nicht genehmigten Massenveranstaltungen am 27. März eingeleitet wurde. Der Fall wurde von der Staatsanwaltschaft in Minsk eingeleitet. Dies schließt unter anderem Internet-Ressourcen ein, die auf dem Territorium der Republik Belarus als extremistisch eingestuft sind.

Die Untersuchungskommission warnte davor, dass Personen, die den Aufrufen folgen und an unerlaubten Massenveranstaltungen teilnehmen, strafrechtlich verfolgt werden.

Die Miliz der hauptstadt ist am Samstag aufgrund von Aufrufen der Opposition zu nicht genehmigten Protesten in einem verschärften Regime im Einsatz.

Terroranschlag verhindert

Am Vorabend gab Präsident Alexander Lukaschenko während eines Treffens mit dem ehemaligen russischen Botschafter, dem Staatssekretär des Unionsstaats Dmitri Mesenzew, bekannt, dass es den Strafverfolgungsbehörden gelungen sei, eine terroristische Handlung zu verhindern. Die Beamten des Innenministeriums nahmen den Mann, der den Angriff vorbereitete, fest und übergaben ihn dem KGB.

Laut dem Telegram-Kanal des Innenministeriums verhinderte die belarussische Polizei in der Nacht des 26. März zwei Terroranschläge in Minsk und Petschi, die ein 35-jähriger Einwohner der Region Pinsk begehen wollte.



<https://cdn11.img.sputnik.by/images/07e5/03/1b/1047241732.jpg>

armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 27.03.2021

In den letzten 24 Stunden, vom 26. auf den 27. März, haben Kämpfer der BFU in Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands drei Feuerprovokationen auf das Territorium der Republik begangen.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 10. Brigade der BFU von den Positionen im Gebiet von Schumy aus das Feuer mit Handgranatwerfern und Schusswaffen auf die **Siedlung des Bergwerks 6/7** in Gorlowka eröffnet.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 3. Bataillons der 72. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Bogomlow von den Positionen in der Nähe von Awdejewka aus **Mineralnoje** mit Schusswaffen beschossen.

Außerdem haben ukrainischen Strafruppen von den Positionen des 1. mechanisierten Bataillons der 72. mechanisierten Brigade im Gebiet von Werchnetorezkoje aus das Feuer mit Schusswaffen in Richtung **Wasiljewka** eröffnet.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer der BFU **zwei Feuerprovokationen** begangen.

Kämpfer des 16. Bataillons der 58. Brigade haben auf Befehl des Kriegsverbrechers Kaschtschenko von den Positionen im Gebiet von Peski aus das Mörserfeuer auf **Wesjoloje** eröffnet und 16 120mm-Mörsergeschosse abgefeuert.

Von den Positionen im Gebiet von Nowoselowka Wtorraja aus haben Strafruppen des 1. Bataillons der 72. mechanisierten Brigade das Feuer mit Granatwerfern verschiedener Art auf **Wasiljewka** eröffnet.

Von unseren Quellen im SBU verfügt die Volksmiliz über Aufzeichnungen von Gesprächen von Kämpfern der 10. und 72. Brigade, in denen der Erhalt von Munition und die Ladung von Schützenpanzerwaffen mit diesen deutlich wird, um dann das Territorium unserer Republik zu beschießen.

Es ist bemerkenswert, dass die Kämpfer mit diesen Provokationen beabsichtigten, die Erwiderung des Feuers von Seiten der Einheiten der Volksmiliz hervorzurufen, damit dies dann von im Verantwortungsbereich der 10. und 72. Brigade eingetroffenen Korrespondenten der zwei ukrainischen Fernsehsender „UA Donbass“ und „Dom“ sowie von einem tschechischen Journalisten der Informationsagentur „The Wire“ aufgezeichnet wird, um die Volksmiliz der DVR der Beschießungen und der Nichteinhaltung der erreichten Vereinbarungen zu beschuldigen. Die gedrehten Videos sollten nach Bestätigung durch den Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Sodol dann massenhaft in ukrainischen und ausländischen Medien im Vorfeld der nächsten Sitzung der dreiseitigen Kontaktgruppe am 31. März verbreitet werden.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen hinter den Abzugslinien, außerhalb der festgelegten Lagerorten für Waffen fünf Stück **Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert wurden.

Aus dem Bestand der 72. mechanisierten Brigade:
drei Abwehrraketekomplexe „Strela-10“ zwischen Wohnhäusern in der Kasberow-Straße in Berdytschi.

Aus dem Bestand der 58. Panzergrenadierbrigade:
zwei Antipanzergeschütze „MT-12 Rapira“ in einem Bergbaugbiet von Pokrowsk.

Die ukrainische Aggression behindert weiter die Arbeit der internationalen Beobachter mit Methoden, die ihr Leben und ihre Gesundheit bedrohen. So haben Strafruppen eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade unter Kommando von Major Wowa am 25. März zur Verhinderung der Erfassung von Fällen von Stationierung verbotener Waffen in Wohngebieten von Pawlopol durch Beobachter der OSZE eine Provokation durchgeführt, indem sie das Feuer mit Schusswaffen im Aufenthaltsgebiet der OSZE-Beobachter eröffneten, in der Folge war die Patrouille der OSZE-Mission gezwungen, ihre Aktivität einzustellen und außerplanmäßig das Beobachtungsgebiet zu verlassen.

Dies ist nicht der erste Fall der Behinderung der Arbeit der OSZE-Mission von Seiten der 36. Marineinfanteriebrigade. Am 22. März haben Vertreter der OSZE 23 Antipanzermine TM-62, die an der Ausfahrt aus Wodjanoje installiert sind, bemerkt. Diese rechtswidrigen

Handlungen demonstrieren ein weiteres Mal das Interesse der ukrainischen Kämpfer an der Blockade der Arbeit der OSZE-Mission.

Wir erhalten weiter **Informationen über den gestrigen Vorfall in der 10.**

Gebirgssturmgruppe, wo eine Gruppe von Kämpfern auf eigene Minensperren geriet.

Weil die Berichte des Brigadekommandos über die Ursachen von Tod und Verletzung von Untergebenen nicht dem Üblichen entsprachen, ist der Kommandeur der ukrainischen Streitkräfte Chomtschak zu einer Ermittlung in dem Verband eingetroffen. Der Besuch von Chomtschak hängt mit mehrfachen Fällen des Geratens auf Sprenganlagen im Gebiet von Schumy zusammen, unter anderem der aufsehenerregende Fall im letzten Jahr, als eine Gruppe von Kämpfern der 35. Brigade, zu der ausländische Söldner gehörten, auf eine Mine geriet.

Den gestrigen Fall stellte die ukrainische Seite der Weltöffentlichkeit als groben Verstoß von Seiten der Volksmiliz der DVR dar, um ihre verbrecherischen Handlungen und die Manipulation der Garantestaaten der Minsker Vereinbarungen zu rechtfertigen. Außerdem wurden uns die Namen von zwei weiteren Kämpfern, die auf eine Mine geraten sind, bekannt, sie gehörten einer Pioniergruppe an, die vom Abteilungskommandeur des 143. Zentrums für Minenräumung der ukrainischen Streitkräfte Oberstleutnant Kowal geleitet wurde, es sind die Oberfeldwebel Abramowitsch und Barnitsch.

So desinformiert die ukrainische Seite weiter die Öffentlichkeit und die Verwandten der Toten, indem sie die realen Fakten des Geschehens verzerrt, um die Verantwortung für den Tod von Untergebenen abzuwälzen und diesen Vorfall als Anlass für eine weitere Informationsprovokation zu nutzen.

de.rt.com: **Iran und China unterzeichnen Abkommen über strategische Partnerschaft in Politik und Wirtschaft**

Teheran und Peking haben ein Abkommen über eine umfassende strategische Partnerschaft unterzeichnet. Der Vertrag ist zunächst auf 25 Jahre befristet und macht den Weg für milliardenhohe Investitionen aus China frei. Geplant ist auch eine politische Zusammenarbeit. Der Iran und China haben am Samstag ein umfassendes Kooperationsabkommen mit einer Laufzeit von 25 Jahren unterzeichnet. An der feierlichen Zeremonie in der iranischen Hauptstadt Teheran beteiligten sich die Außenminister beider Länder, Mohammed Dschawad Sarif und Wang Yi.

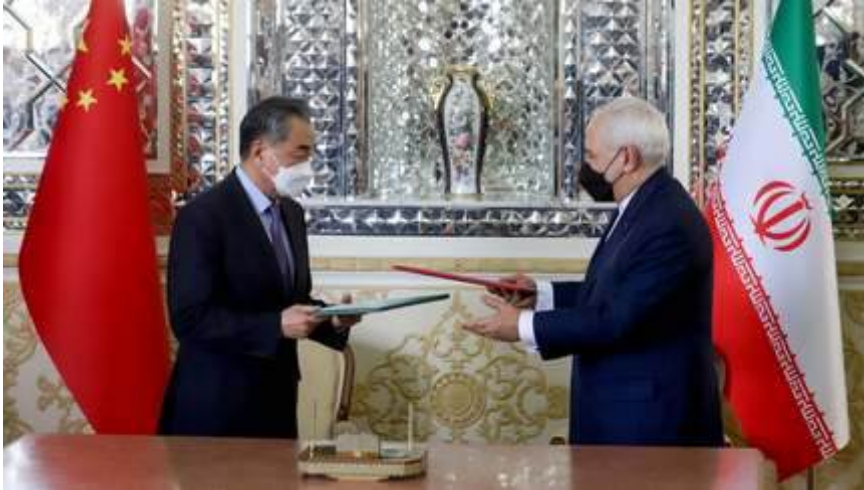
Der iranische Präsident Hassan Rohani bezeichnete die Zusammenarbeit mit China als strategisch. Auf einem Treffen mit Wang sagte er:

"Wir wollen China als einen großen Handelspartner des Iran."

Rohani hatte das Abkommen schon zuvor als ein strategisch wichtiges Projekt für Wirtschaftswachstum, Stabilität und Frieden in der Region eingestuft.

Nach Angaben Teherans sieht das Abkommen eine Zusammenarbeit beider Länder in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Kultur vor. Auch eine Zusammenarbeit auf dem militärischen Gebiet soll geplant sein. Demnach macht der Vertrag auch den Weg für chinesische Investitionen in Milliardenhöhe frei. Im Gegenzug will der Iran Öl zu günstigen Preisen liefern.

Der Iran steckt unter anderem wegen der im Jahr 2018 von den USA verhängten Sanktionen in einer akuten Wirtschaftskrise, die sich durch die COVID-19-Pandemie noch verschärft hat. Da auch der neue US-Präsident Joe Biden die Sanktionen kurzfristig nicht aufheben will, richtet sich die Regierung mehr nach China und Russland aus. Nach Angaben von Rohani blockieren die US-Sanktionen unter anderem die Einfuhr von SARS-CoV-2-Impfstoffen. Da Hersteller Angst vor den US-Strafmaßnahmen hätten, komme es zu Verspätungen und Stornierungen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/605f2a7948fbef77da3940fe.JPG>

Mil-Inr.info: **Pressekonferenz des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponko**

Nach Angaben der Beobachter der Vertreter der LVR im GZKK wurde in den letzten 24 Stunden **eine Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung der Kontrolle des geltenden Regimes der Feueereinstellung festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer des 1. Bataillons der 92. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Fedossenko **Solotoje-5** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen, zu einem Zeitpunkt, als Offiziere der Vertretung der LVR im GZKK gemeinsam mit Vertretern der Staatsanwaltschaft die Folgen der Beschießungen und Schäden an fünf Objekten der zivilen Infrastruktur erfassten.

Zum Glück wurde keiner der Beobachter des GZKK und der örtlichen Einwohner verletzt. Der Beschuss erfolgte zielgerichtet sofort nach der Abfahrt der OSZE-Mission. Diese kriminellen Handlungen bestätigen, dass die ukrainischen Kämpfer über die Routen der internationalen Beobachter informiert sind und dies es ihnen erlaubt, ungestraft Feuerprovokationen gegen unsere Beobachter und die Zivilbevölkerung durchzuführen.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen stationiert der Gegner weiter **Waffen und Militärtechnik in Ortschaften** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium.

Im Verantwortungsbereich der 14. Brigade wurde die Stationierung eines gepanzerten Aufklärungs- und Spähfahrzeugs in einem Wohngebiet von Trechisbjonka festgestellt. ...

In der Zone der Besatzungskräfte geht die Willkür der ukrainischen Kämpfer gegen die friedliche Bevölkerung weiter. Unter Deckung der Gesetze „Über Gegenaufklärungstätigkeit“ und um Personen zu entdecken, die angeblich mit den militärischen Einrichtungen und Staatsorganen der LVR in Verbindung stehen, **terrorisieren die Strafruppen die Bevölkerung der Lugansker Oblast.**

Am 25. März wurden entsprechend Anweisungen des Kommandeurs der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ Razzien in Artjomowsk durchgeführt.

An den Terrormaßnahmen gegen friedliche Einwohner nahmen Mitarbeiter der Hauptabteilung des SBU, des militärischen Rechtsordnungsdienstes sowie Mitarbeiter der Nationalgarde der Ukraine teil.

Bei den Maßnahmen gingen gemischte Gruppen private Häuser ab und durchsuchten sie auch. Nach vorliegenden Informationen von der Bezirksverwaltung gingen nach einer solchen Razzia bei den örtlichen Staatsorganen und Polizeiwachen zahlreiche Anzeigen wegen rechtswidriger Handlungen und Anwendung von physischer Gewalt ein.

Außerdem organisierten Soldaten der Nationalgarde der Ukraine während den Razzien an der Einfahrt und Ausfahrt von Artjomowsk provisorische Checkpoints, an denen Dokumente kontrolliert und Bürger durchsucht wurden. Bei diesen Maßnahmen wurde eine Reihe von

Fällen bemerkt, wo an den Checkpoints künstlich Staus erzeugt wurden und die Passagiere des öffentlichen Verkehrs sorgfältig durchsucht wurden. Es gab Fälle von Erpressung von Geld für die Fahrt über den Checkpoint für Fahrer von Fahrzeugen. Derartige Maßnahmen waren zuvor am 6. März in Stschastje und am 20. März in Solotoje durchgeführt worden.

de.rt.com: **Medienbericht: US-Truppen sollen Weizen aus Syrien in den Irak schmuggeln**

US-Besatzungstruppen sollen 18 Militärfahrzeuge eingesetzt haben, um Dutzende Tonnen Getreide aus Nordostsyrien in die autonome Region Kurdistan im Nordirak zu schmuggeln. Das berichtete die syrische Nachrichtenagentur SANA. Die Plünderung der syrischen Ölreserven durch die USA wurde bereits Ende Juli 2020 bekannt.

Ein Konvoi von 18 mit Weizen beladenen US-Militärlastwagen hat Syrien am Donnerstag laut der syrischen Nachrichtenagentur SANA über den Grenzübergang Semalka in der nordöstlichen Provinz al-Hasaka verlassen und sei in Richtung autonome Region Kurdistan in den Nordirak gefahren. Die staatliche Agentur beruft sich dabei auf lokale Quellen in der Stadt al-Malikiya.

Nur wenige Tage zuvor soll das US-Militär Hunderte von Tankwagen eingesetzt haben, um Rohöl aus der Region Dschasira in der syrischen Provinz al-Hasaka in den Westirak zu schmuggeln.

Der syrische Ölminister Bassam Tomeh sagte am 18. März gegenüber dem Nachrichtensender al-Ekhbariyah, dass die USA und ihre Verbündeten die Ölreserven in dem umkämpften arabischen Land plünderten. Gleichzeitig verhindere Washington, dass grundlegende Güter Syrien erreichen. Das US-Militär soll etwa 90 Prozent der Rohölreserven im ölfreien Nordosten Syriens kontrollieren.

"Die Amerikaner und ihre Verbündeten zielen wie Piraten auf den syrischen Ölreichtum und seine Tanker ab", erklärte Tomeh.

Die Plünderung der syrischen Ölreserven durch die USA wurde bereits Ende Juli 2020 bekannt. In seiner Rede vor dem Auswärtigen Ausschuss des US-Senats am 30. Juli bestätigte der damalige US-Außenminister Mike Pompeo erstmals, dass eine US-amerikanische Ölgesellschaft ihre Arbeit im Nordosten Syriens in dem Gebiet aufnehmen werde, das von Kämpfern der kurdisch dominierten SDF (Syrian Democratic Forces) kontrolliert wird, die mit den USA verbündet sind.

Die kurdische Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens hatte bereits im August 2020 ein Ölabkommen mit den USA geschlossen. Die syrische Regierung verurteilte seinerzeit das Abkommen zwischen US-Besatzern und kurdischen Rebellengruppen nachdrücklich und erklärte, dass das Ölabkommen zur Plünderung der natürlichen Ressourcen des Landes unter der Schirmherrschaft und Unterstützung der Regierung des damaligen US-Präsidenten Donald Trump abgeschlossen worden sei.

Trotz der Ankündigung im Dezember 2018, dass sich das US-Militär aus der Region zurückziehen wolle, sagte Trump, dass eine kleine Zahl an US-Streitkräften "dort bleibt, wo es Öl gibt". "Wir behalten das Öl. Wir haben uns das Öl gesichert", bekräftigte Trump im Oktober 2019 Washingtons Absicht, sich die wichtigen Ölressourcen im Nordosten des Landes einzuverleiben. Offiziell begründet die US-Regierung diese Haltung damit, dass man verhindern wolle, dass sich der "Islamische Staat" die Ölfelder wieder einverleibt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/605de9a548fbef7ae62e7245.jpg>